



Landal Ski Life schon ab € 96,- p.P. Hier klicken skilife.de

Freitag, 2. Oktober 2009

/OZ/MANTEL/MV vom 01.10.2009 14:45

Schweriner Politiker halten an Ost-Beauftragtem fest



„Nach 20 Jahren brauchen wir keinen Minister mehr, der sich ausschließlich um den Aufbau Ost kümmert“, glaubt Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU). Aus der Politik im Nordosten kommt Widerspruch.

Foto: Jan Woitas/dpa



Schwerin/Magdeburg (dpa) - Der Vorstoß von Sachsens-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU), künftig auf einen Ostbeauftragten in der Bundesregierung zu verzichten, stößt bei Politikern in Mecklenburg-Vorpommern, auf ein geteiltes Echo. Eine klare Mehrheit spricht sich zwar für einen Beauftragten aus. Uneinigkeit herrscht jedoch bei den Fragen, in welchem Ministerium, mit welchen Befugnissen und mit wie vielen Mitteln ein für den Aufbau Ost zuständiger Minister oder Staatssekretär ausgestattet sein soll.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere CDU-Landeschef Eckhardt Rehberg hält einen Ostbeauftragten für nach wie vor unverzichtbar. „In welchem Ministerium dieser Posten angesiedelt ist, spielt letztlich keine Rolle“, sagte Rehberg. Aus Regierungskreisen in Berlin verlautete, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wolle den Ostbeauftragten wieder enger an sich und damit ans Kanzleramt ziehen.

Die Bundes-FDP strebt dagegen ein Angliedern ans Wirtschaftsministerium an. „Im Osten hinkt nicht die Infrastruktur, sondern die Wirtschaft hinterher“, erklärte FDP-Landeschef Christian Ahrendt. Straßen gäbe es mittlerweile genug und in guter Qualität. Viel wichtiger sei das Schaffen einer konkurrenzfähigen Wirtschaft. Ahrendt: „Ich plädiere für einen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, der den Aufbau Ost voranbringt.“

Linke-Landeschef Peter Ritter forderte einen starken Neuanfang, da der bisherige Amtsinhaber, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), keine Erfolge vorzuweisen habe: „Er braucht aber Kompetenzen und ausreichende finanzielle Mittel, um etwas bewegen zu können. Der Aufbau Ost als Nachbau West ist jedenfalls gescheitert.“

Die Staatskanzlei unter Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) wollte sich auf Anfrage von OSTSEE-ZEITUNG.DE nicht zum Vorstoß Böhmers äußern, der die Abschaffung der Position des Ost-Beauftragten in der Bundesregierung gefordert. „Nach 20 Jahren brauchen wir keinen Minister mehr, der sich ausschließlich um den Aufbau Ost kümmert.“ Das müsse eine Aufgabe aller Minister und der gesamten Bundesregierung sein. „Wenn es dann noch Koordinierungsbedarf geben sollte, dann gehört das ins Bundeskanzleramt.“

Dieser Beitrag wurde bisher 301 mal aufgerufen - zuletzt am 02.10.2009 um 09:26.